

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
Nr. 6 · 31. Jahrgang      Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3      Berlin, 8. Februar 1930

### Bauen, bauen, bauen!

Wir entnehmen den folgenden Artikel, der sich weitgehend mit unseren Ansichten deckt, mit Erlaubnis des Verfassers der „Vostischen Zeitung“. Wir begrüßen es auf das wärmste, daß, nachdem die Gewerkschaften — als erste die christlichen — energisch die Initiative zwecks Behebung der Baukrise bereits im vorigen Jahr ergriffen haben, nunmehr auch die große Tagespresse beginnt, diesem augenblicklich wichtigsten Wirtschaftsproblem ihr Interesse zuzuwenden. — Der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, für die der Verfasser sich einsetzt, vermögen wir solange nicht zuzustimmen, als nicht die Gefahr beseitigt ist, daß sie sich als Wehrbelastung zugunsten der breiten Volksschichten auswirkt. — Zu den etwaigen Beratungen zwecks Antreibung der Bauwirtschaft wären selbstverständlich auch die Vertreter der Bauarbeiterorganisationen als wesentliche Faktoren der Bauwirtschaft heranzuziehen. Die Schriftleitung.

#### Keine Zeit zu verlieren

Von Dr. Edmund Delmonte

Minister Wissen: „Wir brauchen vor allem Geldmittel aus dem Ausland zur Behebung des Baumarkts.“

Wir haben es glücklicherweise wieder einmal geschafft: wir nähern uns der zweiten Million Arbeitsloser, wir broßeln unsere Bauprogramme, wir wollten 32 000 Wohnungen in Berlin bauen und bekommen etwas über 23 000, wir setzen der jährlichen Unterbilanz jährlich neue Unterbilanzen zu, wir werfen 100 000 Bauarbeiter auf die Straße, zahlen mehr schlecht als recht Unterstützung, und nennen uns immer noch stolz „Volk der Organisation“.

Wir wissen, daß es möglich ist, vom Baugewerbe aus die ganze deutsche Konjunktur aufzurollen, wir nennen das Baugewerbe richtig ein „Schlüsselgewerbe“, wir wissen, daß Eisenindustrie, Holzindustrie, Ziegelindustrie, Zementindustrie, um nur einige zu nennen, Tausenden Beschäftigung geben können, wenn das Baugewerbe arbeitet. Wir wissen, daß all die zahlreichen Nebengewerbe, die mit der Inneneinrichtung der Häuser zu tun haben, wie Maler, Tapezierer, Dekorateur, Installateure, Glaser, all die mittelständischen Gewerbetreibenden also, fortlaufend und regelmäßig beschäftigt werden können, wenn gebaut wird, und bauen dennoch immer weniger.

Wir wissen, daß eine durchgreifende Rationalisierung des Baugewerbes nötig ist, weil sie preisfessend wirkt, wir wissen, daß wir nur vier bis fünf Monate im Jahre bauen und den Rest ungenutzt verstreichen lassen, weil wir ja so viel Zeit zu verlieren haben. Wir wissen, daß das alles nur möglich ist, wenn wir regelmäßig ein festes Bauprogramm durchführen, Aufträge regelmäßig und gleichmäßig verteilen, Konjunkturrisiko ausgleichen (die ihrerseits wieder verteuern würden, weil plötzliche Nachfrage die Preise treibt), wir wissen das alles: Und tun nichts.

Wir wissen, daß wir bald aus der Wohnungszwangswirtschaft heraus müssen, weil man nicht ewig die Divergenz der Mietpreise für Alt- und Neubauwohnungen aufrechterhalten kann, ohne ungerecht zu sein, wir wissen, daß wir sparsam sein müssen und uns überflüssige Beamtentörper nicht leisten können, und lassen uns dennoch einen Rattenkönig von Baubehörden gefallen, die alle gegeneinander arbeiten, uns kilometerlange Wege und Wirtgänge von Pontius zu Pilatus um Baugenehmigungen auferlegen. Wir wissen das alles, aber wir lassen es uns gefallen, weil wir ja so viel Zeit haben, weil Zeit Geld ist und wir auch so viel Geld haben.

Wir wissen soviel und sind doch nicht weise genug, um Lehren daraus zu ziehen. Wenn anderswo, sei es in den Vereinigten Staaten oder etwa in Frankreich, die Konjunktur nachzulassen droht, setzen sich die Regierungen und die Führer der Privatwirtschaft zusammen und beschließen einstimmig, daß gebaut werden muß. Die Wirtschaft stellt ihre Reserven zur Verfügung, und die öffentlichen Körperschaften vergeben Bauaufträge. Seit entern davon, das Baugewerbe in die Rolle eines Rotenagels hineinzudrängen, möchte man doch, daß auch bei uns etwas von dieser Einsicht wach werde.

Was aber tun unsere Behörden? Sie broßeln zunächst die Bauprogramme. Voran die Reichsbahn: von stolzen 315 Millionen im Jahre 1925 ist sie auf 150 Millionen im Jahre 1929 gelangt, und fast eine halbe Milliarde zurückgestellter dringlicher Bauvorhaben harret bei ihr der Erledigung. Und die anderen Ämter folgen willig: Milliarden sind für Straßenbauten erforderlich, viele Millionen fehlen für Bauzwecke im Reichsverkehrsministerium, und auch bei der Reichspost wird vieles nicht gebaut, was als dringend anerkannt zu werden verdient.

Was tun wir! Haben sich die Wirtschaftsführer einmal mit den Vertretern unserer staatlichen und kommunalen Geschäfte an einen Tisch gesetzt, um zu beraten, wie man helfen kann? — Nein. Haben sich die Leiter der Finanzwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden einmal mit den Bankherren zusammengesetzt, um die Sperre für Auslandsanleihen, die der Reichsbankpräsident über uns verhängt hat, zu beseitigen? — Nein. Gibt es in Deutschland noch einen vernünftigen Menschen, der da meint, daß wir eine autarke Finanzwirtschaft treiben können, ohne umzukommen? — Ja, das ist der Reichsbankpräsident, und nur er allein. Hat er uns gezeigt, wie man Finanzen in Ordnung halten kann, ohne langfristige Auslandsanleihen? — Nein. Was aber hat er getan? — Er hat uns vom Weltkapitalmarkt abgeschnitten. Berlin bekommt keine Auslandsanleihen. Was hat er damit erreicht? Er hat die Finanzen der Stadt, und nicht nur unserer Stadt, in Unordnung gebracht. Steuern für laufenden Bedarf, Anleihen für Investitionen. Folge der Abschnürung: Steuern für Investitionen, Durcheinander der ordentlichen und außerordentlichen Staats. Folge des Durcheinanders: Kasernenbedarf für laufende Angelegenheiten, neue Steuern, Lohnerhöhungen, Abwanderung von den städtischen Verkehrsmitteln zur Reichsbahn, Mindereinnahmen der Verkehrs-A.-G., Feierschichten oder 700 Mann entlassen.

Was tun wir dagegen: wir folgen gehorjam, wir sparen. Wir sparen sogar freiwillig. Die Spareinlagen der Sparkassen werden für die Umwandlung kurzfristiger Stadtschulden in langfristige Schulden in erhöhtem Umfange gebraucht. 850 Millionen an Hauszinssteuermitteln werden im laufenden Jahre ihrem eigentlichen Zweck entzogen und zur Deckung des laufenden Finanzbedarfs gebraucht. Es gibt also weniger Hypotheken, und der Kreis, den Schacht um uns zog, schließt sich.

Ist es verwegen, dennoch zu fordern: Baut, baut, baut? Nein, weil wir es trotz allem in der Hand haben, den angeblich unentwirrbaren Knäuel unserer finanziellen Verlegenheit zu entwirren. Man braucht gewiß nicht zu rufen: „Fort mit Schacht!“ Obwohl auch das eine Lösung wäre. Aber wer regiert, wer soll regieren? Das ist die Kernfrage. Warum setzen sich die Regierenden und die Regierten nicht an den bewußten Tisch, um ein langfristiges Bauprogramm zu entwerfen? Nur ein solches Programm, in dessen Finanzierung der Reichsbankpräsident einwilligen muß, weil das deutsche Volk es fordert, kann helfen. Nicht alle Träume müssen im Augenblick reifen. Aber es ist notwendig, aus der Bau-Misere herauszukommen, wenigstens den Ausweg zu zeigen, wenigstens den Anfang zu machen. Das Ausland ist bereit, Gelder für Investitionen herzugeben. Damit können wir Ordnung schaffen, die Wirtschaft ankurbeln, dem Baugewerbe in allen seinen Teilen wieder zum Anfang eines Auftriebs verhelfen. Wir wollen sparen, wir müssen sparen, aber unsere Lebensnotwendigkeiten können und brauchen wir uns nicht abzuschniden zu lassen. Es handelt sich nur darum, die Auslandsgeber an die richtige Stelle zu bringen, da einzusetzen, wo sie den größtmöglichen volkswirtschaftlichen Erfolg haben werden. Darüber mag der Reichsbankpräsident machen. Her mit dem Reichsbauminister, fort mit dem Ressortpartikularismus. Und bauen, bauen, bauen!

### Gewerkschaften, Wohnungs- und Siedlungswesen

Deutschland braucht eine arbeitsfähige, opferbereite, gesunde, zielbewusste und ausdauernde Arbeiterschaft, um sich den ihm gebührenden Platz zu sichern. Aufstieg oder Niedergang der Wirtschaft ist bedingt von der Leistungsfähigkeit der arbeitenden Schichten. Tägliche Elend in Mietkassernen, in dumpfen, ungesund, düsternen Wohnungen wirkt nicht nur gesundheitsschädlich, wirkt nicht nur demoralisierend, sondern wirkt heillos niederdrückend und hindert am wirtschaftlichen Aufstieg. Die christliche Arbeiterschaft war sich deshalb von jeher der Bedeutung der Wohnungsfrage bewußt. In Wort und Schrift hat sie die Mißstände geäußert, blieb aber nicht nur bei der Kritik stehen, sondern machte auch den Zeitverhältnissen entsprechend, jeweils praktische Vorschläge zur Besserung, und die Vertreter der christlichen Gewerkschaften wirkten auch in anderen Organisationen gemeinsam, um eine größere Stützkraft zu erlangen. In den Stadtparlamenten, in den Parlamenten der Länder, im Reichstag und im Reichswirtschaftsrat machten Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes ihren Einfluß auf die Gestaltung der Wohnungs- und Mietengesetzgebung geltend, machen Vorschläge und suchen mit Erfolg die gesamte Wohnungsgesetzgebung sozial zu gestalten.

Ein ständiger Ausschuß für Wohnungs- und Siedlungswesen nahm fortlaufend zu diesen Problemen Stellung, machte Vorschläge und suchte in Verbindung mit den Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Reich, Staat und Gemeinden auch die Forderungen zu verwirklichen. Ein besonderes Verdienst wurde bald nach Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes an der Zentrale errichtet.

Es würde zu weit führen, alle Kundgebungen der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu erwähnen. Besonders hingewiesen sei auf eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium vom Oktober 1927, in der zur Hauszinssteuer, zum Genossenschaftswesen, zum Hauslosnachweis, zum Wohnheimstättengesetz, zur Hypothekengewährung und Mietpreisbildung Stellung genommen wurde. Die letzte Eingabe ist datiert vom 1. Dezember 1929. Sie wendet sich gegen die Absicht der Gemeinden, zur Sanierung der Gemeindefinanzen den Wohnungsbau einzuschränken, verlangt, daß die Hauszinssteuer und auch die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer dem Wohnungsbau zugeführt werden müssen, fordert Reichsrichtlinien für den Wohnungsbau bzw. ein Reichswohnungsbaupro-

Das Baugewerbe ist der größte deutsche Gewerbezweig. Es gibt mit Sonstgewerbe zusammen etwa neun Millionen Menschen Brot.

Ebenso wie der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften beschäftigte sich der Deutsche Gewerkschaftsbund als Spitzenorganisation mit der Wohnungs- und Siedlungsfrage.

Die Erzeugnisse des Baugewerbes stellen rund 30 Prozent der gesamten deutschen gewerblichen Gütererzeugung dar.

gramm, ferner Vorlegung eines Wohnheimstätten-  
gesetzes, Verabschiedung des Bauparaffengesetzes und  
nimmt Stellung zu dem Gesetzentwurf über die Ge-  
meinnützigkeit von Wohnungsunternehmen.

Daneben beschritten die christlichen  
Gewerkschaften den Weg der Selbsthilfe.  
Das geschah schon frühzeitig durch die Beteiligung  
und Mitwirkung bei den Baugenossenschaften,  
später ging man auch zur Gründung von Bau-  
produktivgenossenschaften über. Im De-  
zember 1910 wurde in Ulm die erste Produktiv-  
genossenschaft gegründet. Auf dem Verbandstage des  
Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands  
zu Pfingsten 1920 in Fulda wurde beschlossen, über-  
all dort, wo die Voraussetzungen gegeben sind, Bau-  
produktivgenossenschaften zu gründen. Der 10. Kon-  
gress der christlichen Gewerkschaften, der im Februar  
1920 in Essen tagte, nahm eine Entschließung ein-  
stimmig an, in der darauf hingewiesen wird, „daß die  
Selbsthilfe der Arbeiter in Form von Bauproduktiv-  
genossenschaften geeignet ist, zur Linderung der drin-  
genden Wohnungsnot beizutragen, und dadurch nutz-  
bringend für die Allgemeinheit zu wirken“. Er emp-  
fiehlt den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften,  
diese Produktivgenossenschaften weitgehend zu fördern.  
Zunächst sollten die Bauproduktivgenossenschaften  
praktisch bemüht sein um die Verminderung der un-

**D**ie Beschäftigung in der Textil-, Hausat- und  
Möbelindustrie ist aufs engste mit dem Wohnungs-  
bau verbunden.

gefühl erwachsen, das letzte Voraussetzung einer wahr-  
ren Volksgemeinschaft ist. Ein glückliches Geschlecht  
kann nicht in engen, dumpfen Mietkasernen leben,  
sondern muß auf der eigenen Scholle aufwachsen und  
sich frei entfalten können. Damit wird die Frage  
eines gesunden Wohnens nicht nur zu einer Frage  
der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, sondern zu  
einem staats- und wirtschaftspolitischen Problem von  
grundtätiger Bedeutung.

Die Gewerkschaften werden sich des-  
halb auch in Zukunft besonders des Woh-  
nungs- und Siedlungsproblems und  
alles dessen, was damit zusammenhängt,  
energisch annehmen müssen. Die Frage der  
Wohnungszwangswirtschaft, des Mieterschutzes, des  
Wohnungsmangelgesetzes, der Wohnungsinspektion, des  
Städtebaues, der Bodenreform wird noch viele Jahre  
im Mittelpunkt der Erörterungen stehen. Im Zu-  
sammenhang damit steht die Frage der Finanzierung  
des Wohnungsbaues (Hauszinssteuer, Grundsteuer,  
Wertzuwachssteuer und ähnliche Steuern) und die  
Frage des Hypothekensystems, der Heranziehung von  
Geldern der Sparkassen, der Versicherungsunterneh-  
mungen u. dgl. Ein Wohnheimstättengesetz ist schon  
mehrmals vom Reichstag gefordert worden und wird  
sicherlich von der Regierung bald vorgelegt werden  
müssen. Das Bauparaffengesetz liegt bereits dem  
Reichswirtschaftsrat vor. Der Gesetzentwurf über  
Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen wird zur-  
zeit im Reichswirtschaftsrat beraten und wird dem-  
nächst dem Reichstag zugehen. Die mit dem Wohnungs-  
wesen eng zusammenhängende Kleingarten- und Klein-  
pachtordnung wird zurzeit umgearbeitet. Der Entwurf  
zum Siedlungsgesetz liegt vor, ebenso ein Entwurf  
über die Fälligkeit der Aufwertungshypotheken. Alles  
Fragen, mit denen sich die Gewerkschaften in der  
kommenden Zeit eingehend beschäftigen müssen. Dazu  
kommt, daß beim Wobau der Wohnungszwangswirt-  
schaft man an die Ausarbeitung eines sozialen Miet-  
kredits herangehen muß. Dasselbe ist bereits von  
einigen Parteien gefordert, aber scharf von Inter-  
essenten bekämpft worden. Neben den Mieterorgani-  
sationen werden es die Gewerkschaften sein müssen,  
die das soziale Mietrecht gestalten helfen. — Graf v. n  
Posadowski hat auf dem Deutschen Arbeiterkongress  
1917 schon die Wohnungsfrage als die soziale Frage  
bezeichnet. Die große Bedeutung der Wohnungsfrage  
als soziales Problem ist heute nicht mehr umstritten.  
Die christlichen Gewerkschaften und der Deutsche Ge-  
werkschaftsbund werden in der kommenden Zeit alle  
Kräfte anspannen und alle mit der Wohnungsfrage  
betrauten Mitglieder zur Mitarbeit heranziehen  
müssen, um bei der Lösung dieses sozialen Problems  
tätig mitzuwirken. Josef Treffert.

setzung für die künftige Fortsetzung des Wohnungs-  
baues gesichert werde.

Wenn schon der Deutsche Städtetag zugibt, daß  
es sich um eine unerwünschte Maßnahme handelt,  
dann hätte er andere Wege beschreiten müssen, um  
diese unerwünschte Maßnahme zu umgehen. Aber  
er meint, in Ermangelung anderer Möglichkeiten hätte  
er zu dieser Maßnahme greifen müssen. Wir teilen  
diese Auffassung nicht; es hätte noch andere Mög-  
lichkeiten gegeben, die Gemeindefinanzen zu sanieren.  
Man soll von den vielen Zugubauten Abstand neh-  
men, soll die Verwaltung vereinfachen, soll an den  
hohen Gehältern der Direktoren sparen, soll Sauber-  
keit in die Verwaltung bringen und die Korruptionen  
beseitigen, soll überflüssige Dienststellen im Inn-  
und Auslande einschränken, soll nicht experimentieren mit  
kommunalen Betrieben, die doch nach Monaten zu-  
sammenbrechen. Es müssen sich die Vertreter des  
Deutschen Städtetages auch etwas mehr den Kopf  
zerbrechen. Leicht ist es allerdings, einfach zu be-  
schließen, den Wohnungsbau einzuschränken. Die Bol-  
gen werden sich nicht nur für die deutsche Bauwirt-  
schaft, sondern für unsere gesamte Volkswirtschaft  
zeigen. Die Folgen werden die Arbeitslosen zu tragen  
haben. Die Folgen werden Wohlfahrtsämter und die  
Gesundheitsämter registrieren können. Die Wohnungs-  
not mit ihren moralischen, wirtschaftlichen und sozia-  
len Nachteilen sollte Anlaß genug sein, zu überlegen,  
wie man die Finanzen der Städte in Ordnung brin-  
gen kann, ohne den Wohnungsbau zu vernachlässigen.  
E.

**D**ie Baustoffindustrie und die Holzverarbeitende  
Industrie sind vollständig abhängig von aus-  
reichender Bauaktivität.

gehenden Wohnungsnot. Die weitere Zwecksetzung war  
jedoch, auf die Gestaltung des Baugewerbes Einfluß  
zu bekommen. Mißständen im Syndikatswesen konnte  
man nur mit praktischen Maßnahmen zu Leibe gehen.  
Deshalb mußten die Genossenschaften bald daran den-  
ken, nicht nur die Bauausführung, sondern auch die  
Materialbeschaffung in die Hände zu nehmen. Das  
ist an den verschiedenen Stellen geschehen. Durch die  
Inflation wurde allerdings die Entwicklung aufgehal-  
ten. Der Kongress der christlichen Gewerkschaften, der  
im Oktober 1924 in Köln tagte, betonte in einer Ent-  
schließung, daß die erstrebte Gleichberechtigung und  
Gleichwertung des Arbeiterstandes in Staat, Gesell-  
schaft, Wirtschaft und Kultur noch nicht erreicht seien,  
daß sie noch erarbeitet und erkämpft werden müßten.  
Das Ziel werde um so mehr erreicht, wenn die Ar-  
beiterkraft auch durch Mitbesitz und Mitverwaltung  
in der Wirtschaft verantwortlich beteiligt wird. U. a.  
feien Bauproduktivgenossenschaften und Konsumgenos-  
senschaften nachdrücklich zu fördern, das Spar-  
schatz- und Wohnungswesen umzugestalten usw.

Dem Reichsverband deutscher Bauproduktivgenos-  
senschaften gehörten am 31. Dezember 1927 26 Ge-  
nosenschaftsan, davon sind 18 Bauproduktiv- und  
2 Wohnungs- bzw. Siedlungsgenossenschaften. Einige  
der Bauproduktivgenossenschaften sind heute schon über  
den sogenannten Mittelbetrieb hinausgewachsen, zum  
Beispiel Nürnberg, Hamm, Bochum, Köln und Neu-  
stadt D.S. Die Betriebe sind durchweg rentabel und  
können weiter ausgebaut werden, wenn es gelingt,  
ein immer größer werdendes Eigenkapital heranzu-  
schaffen. Der größte Prozentsatz der Mitglieder, ja  
wohl in den Produktiv- wie Baugenossenschaften, sind  
Angehörige der christlichen Gewerkschaften. Ebenso be-  
stehen die Leitungen aus Mitgliedern der christlichen  
Gewerkschaften. Vor etwa einem Jahr wurde von  
den christlichen Gewerkschaften eine Wohnungs-  
fürsorgegesellschaft gegründet, die den Namen  
„Deutscher Heimbau Gemeinnützige Aktiengesell-  
schaft“ trägt und in Berlin-Lichtenberg, Am Stadt-  
park 23, ihren Sitz hat. Diese Gesellschaft hat bereits  
ein größeres Gelände erworben und mit dem Bau  
einer größeren Siedlung in Berlin-Briss begonnen.

Die Aussichten für die Zukunft sind  
auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungs-  
wesens recht trübe. Die Finanzen von Reich, Staat

**E**ine ein Fünftel der gesamten deutschen Eisen-  
erzeugung findet Verwendung in der Bau-  
wirtschaft.

und Gemeinden sind für andere Zwecke stark in An-  
spruch genommen. Vielfach wird behauptet, der Woh-  
nungsbau sei nicht produktiv, obwohl jedermann ein-  
sehen muß, daß ein Rückgang des Wohnungsbaues  
auf weitere gesamte Wirtschaft ungünstig zurückwirken  
würde. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich erhöhen  
und die Hauptursache der Wohlfahrtsämter ver-  
mehrten, wenn der Wohnungsbau keine Förderung er-  
fährt. Im Kriege sprach man viel von groß angelegter  
Siedlungspolitik, die als Belohnung für die aus dem  
Krieg heimgekehrten gedacht war. In die Weimarer  
Verfassung wurde ein besonderer Artikel 155 zur  
Frage der Siedlung und Bodenreform aufgenommen.  
Der Aufbruch zum Eigenheim und dem  
Einfamilienhaus wird nicht mehr ver-  
zweifelt. Erst das Schalten und Walten im eige-  
nen Haus und Garten lassen jenes echte Heimat-

### Der Deutsche Städtetag zur Eingabe des D. G. B. zur Förderung des Wohnungsbaues

Der Deutsche Städtetag hat auf die Eingabe des  
Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Förderung des  
Wohnungsbaues (siehe „Baugewerkschaft“ Nr. 51/1929)  
in einem Schreiben geantwortet. Es heißt darin:  
Auch der Deutsche Städtetag habe von jeher die  
Förderung des Wohnungsbaues als eine hervorragende  
wichtige soziale Aufgabe, besonders auch der Städte,  
betrachtet. Deshalb erkläre auch der Deutsche Städtetag  
in einer Einschränkung dieser Aufgabe an und  
für sich eine unerwünschte Maßnahme. Man dürfe  
jedoch nicht außer acht lassen, daß zur Aufrecht-  
erhaltung einer geordneten Finanz- und Kreditwirt-  
schaft der Städte in Ermangelung anderer Möglich-  
keiten sich die erwähnte Maßnahme als ganz un-  
umgänglich erwiesen habe. Es wird auf die kurz-  
fristige Schuldlosig hingewiesen, die zu einem un-  
gewöhnlich großen Betrage angewachsen sei, die da-  
zu beitrüge, den inländischen Geldmarkt zu verknappen  
und die Zinssätze auf ein für die gesamte Wirtschaft  
nachgerade untragbares Maß emporzutreiben. Wenn  
es nicht gelinge, den Geldmarkt zu entlasten, so sei  
in Kürze damit zu rechnen, daß der Geldmarkt not-  
leidend wird, die Wohnungsbautätigkeit den stärksten  
Hemmungen begegne und zahlreiche Bauunternehmungen  
in Schwierigkeiten lämen. Gerade um einer  
solchen krisenhaft zugefügter Entwicklung zuvorzu-  
kommen, habe der Vorstand des Deutschen Städtetages  
sich zur Durchführung der bekannten Konsolidierungs-  
aktion entschlossen, die nur als eine auf Zeit be-  
grenzte Sondermaßnahme anzusehen sei. Wenn also  
das bisherige Tempo der öffentlichen Wohnungsban-  
förderung während einer Uebergangszeit etwas ge-  
mäßigt werden müsse, so gelte dies nur in dem  
Sinne, daß mit erzieltm kreditpolitischem und finanz-  
wirtschaftlichem Erfolg überhaupt erst die Voraus-

### Die Umbildung der kapitalistischen Wirtschaft

IV.

Der politische und wirtschaftliche Liberalismus wollte  
nicht, daß der Staat oder die Kommunen sich mit  
wirtschaftlichen Unternehmungen befaßte. Er wollte  
alles der privaten Initiative überlassen. Dieser Stand-  
punkt ist längst verlassen und er mußte verlassen wer-  
den. Heute wird nicht bestritten, daß die sogenannten  
Versorgungsbetriebe in der öffentlichen Hand sein  
müssen. Denken wir an die Versorgung mit Gas,  
Wasser, elektrischen Strom, an Kanalisierung, Schlachthöfe,  
Müllabfuhr, Straßenbahnen, Autobusverkehr,  
Reichsbahn, Reichspost usw. Diese Gebiete sind kaum  
umstritten. Heute haben Reich, Staat und Gemeinden  
eigene wirtschaftliche Unternehmungen in einem sehr  
erheblichen Umfange. In wieweit heutige öffentliche  
Körperschaften sich wirtschaftlich betätigen können, ist  
eine offene Frage. Sicher ist der Durchschnittsbeamte,  
der nur nach bestimmten Dienstvorschriften arbeitet,  
dazu kaum geeignet. Wir scheinen, daß man wirt-  
schaftliche Unternehmungen der öffentlichen Hand auch  
nicht durch die Stadtverordnetenversammlungen und  
durch die Parlamenten leiten kann. Haben die par-  
lamentarischen Körperschaften genügend wirtschaftlich  
geschulte Kräfte und werden die Unternehmungen los-  
gelöst von unmittelbaren politischen Einflüssen, dann  
vermag ich nicht einzusehen, weshalb nicht auch die  
öffentliche Hand bestimmte Unternehmungen haben  
sollte.

Nicht unbedeutend ist in Deutschland das öffent-  
liche Bankwesen. Die Sparkassen sind in Deutschland  
sehr alt. In neuester Zeit sind die Kommunalbanken  
und Provinzbanken hinzugekommen. Alle öffentlich-  
rechtlichen Sparkassen und Banken sind im deutschen  
Sparkassenverband und der deutschen Girozentrale  
zusammengeschlossen. Sie bilden ein notwendiges  
Gegengewicht gegen die privaten Großbanken.

Und noch von einer dritten Stelle wird die kap-  
italistische Wirtschaft angegriffen, und das ist das  
Genossenschaftswesen. Wir kennen Genossenschaften der  
verschiedensten Art. Bekannt sind die Genossenschafts-  
banken, die Ein- und Verkaufsgenossenschaften, Mol-  
keriegenossenschaften usw. Unser besonderes Interesse  
finden die Konsumgenossenschaften. Ihr Einfluß ist  
bereits heute nicht gering, er könnte aber schon viel  
größer sein. Schreitet die Entwicklung in der Rich-  
tung der kapitalistischen Monopole fort, und wird von  
dort aus der Absatz organisiert, dann gibt es nur  
eine erfolgreiche Abwehr durch ein starkes Genossen-  
schaftswesen. Den Verbrauch gilt es zu organisieren,  
um dann die Produktion selbst vornehmen zu können.  
Bürden die Verbraucher zusammenstehen, sie hätten  
eine sehr große Macht in der Hand. In der Konsum-  
genossenschaftsbewegung bietet sich der Arbeitneh-  
mer eine weitere Möglichkeit, zur wirtschaftlichen  
Betätigung.

In der jüngsten Zeit sind auch die Gewerkschaften  
zur unmittelbaren wirtschaftlichen Betätigung über-  
gegangen. Die christlichen Gewerkschaften machten den  
Anfang, die sozialistischen sind schnell gefolgt. Von  
Amerika ist bekannt, daß die Gewerkschaftsbanken eine

**40** Prozent aller deutschen Einzelhandelsbetriebe  
und mehr als 40 Prozent der im Einzelhandel  
beschäftigten Personen stehen in unmittelbarer Ver-  
bindung mit dem Baumarkt.

große Bedeutung gewonnen haben. Auch die deutschen Gewerkschaften haben eigene Banken, sie haben Versicherungseinrichtungen, Baugenossenschaften, Baugesellschaften usw.

Wer wollte leugnen, daß die Gewerkschaften in sehr starkem Maße zur Umbildung der kapitalistischen Wirtschaft beigetragen haben. Sie haben die Autokratie im Unternehmen bekämpft und sich zunächst einmal ein Mitbestimmungsrecht erkämpft. Von der einseitigen Festsetzung des Arbeitsvertrages bis zum Tarifvertrag ist ein langer Weg. Aber es ist ein erfolgreicher Weg. Die Gewerkschaften waren auch die treibende Kraft für die großen Fortschritte auf dem

Ein Viertel aller von Eisenbahn und Binnenkiffschiffen beförderten Waren sind Materialien, die beim Bauen Verwendung finden.

Gebiete der Sozialpolitik. Versetzen wir uns einen Augenblick einmal zwei Menschenalter zurück. Im Betriebe keinerlei Schutz gegen Leben und Gesundheit, nicht einmal Frauen und Kinder sind irgendwie geschützt. Die Löhne werden diktiert, die Arbeitszeit fest der Unternehmer oder seine Beauftragten fest. Bei Arbeitslosigkeit wird der Arbeitnehmer an die Armenpflege verwiesen. Wird er krank, so kann er kaum zum Arzt gehen, weil das Geld fehlt. Bei Invalidität fällt er der entehrenden Armenpflege zur Last oder kann betteln gehen. Nur der, der nicht weiß, was war und nicht weiß, was geschaffen wurde, kann diesen gewaltigen Fortschritt verkennen. Wer die Entwicklung auf diesen Gebieten richtig erkennt, der findet auch den Mut zu entschiedener Arbeit. Der wird den Mut nicht verlieren, wenn auch der tägliche Kampf ermüdet. Die gewaltigen Erfolge werden es ihm ermöglichen, die Kräfte zur Tat dauernd anzuspannen. Für die Gewerkschaftsarbeit ist es wesentlich, daß unsern jüngeren Kollegen diese Entwicklung immer und immer wieder zum Bewußtsein gebracht wird.

Hat sich die kapitalistische Wirtschaft gewandelt? Ist sie in der Umbildung begriffen? Das kann nur leugnen, wer von der Wirtschaftsgeschichte nichts weiß. Prof. Werner Sombart sieht die Umbildung der kapitalistischen Wirtschaft in folgenden Punkten:

In der Zukunft wird der farbige Kapitalismus an Bedeutung gewinnen. Sombart geht davon aus, daß sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit in den Ländern mit einer farbigen Bevölkerung wichtige Industriezweige entwickelt haben. Die Ansätze dafür waren auch in der Vorkriegszeit bereits vorhanden. Der Mangel an Fertigwaren im Kriege führte zur Gründung von eigenen Unternehmungen, die große Teile des eigenen Bedarfs an Waren selbst produzieren.

Geht uns das etwas an? so fragte Werner Sombart auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Zürich im Herbst 1928. Er beantwortete die Frage dahin, daß uns diese Dinge sehr wohl interessierten. Denn dadurch ginge den europäischen Industriestaaten ein erheblicher Teil ihres Absatzes verloren. Dadurch erfahre der Kapitalismus in West- und Mitteleuropa eine Einschränkung in seiner Entwicklung. Um aber auf die Entwicklung des neuen Kapitalismus in den Ländern mit einer farbigen Bevölkerung Einfluß zu gewinnen, fehle das nötige Kapital. Europa sei durch

Das Baugewerbe ist ein Schlüsselgewerbe, von der die Gesamtkonjunktur in entscheidendem Maße beeinflusst wird.

den Weltkrieg und die Inflation verarmt. Die industrielle Entwicklung in den früher uneröffneten Staaten führe zu einer Rückbildung in Europa.

Sombart gab weiter der Ansicht Ausdruck, daß die Bevölkerung in den kapitalistischen Staaten Europas nicht mehr in dem Maße wachsen werde wie früher. Die Bevölkerung in Frankreich stagniere schon lange, England sei in das Stadium der Stagnation eingetreten und Deutschland nicht weit davon entfernt. Dadurch fehle der eigentliche Antrieb zu einer starken Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaft. Auf die Dauer müßte es auch Mangel an Arbeitskräften geben.

Sombart ist weiter der Ansicht, daß die Arbeitszeit nicht wie früher ausdehnbar sein würde. Die älteren Kollegen erinnern sich noch an die Zeit, wo bei Hochkonjunktur die Arbeitszeit unbegrenzt war. Sombart sagte, das würden heute die Gewerkschaften durch ihren Einfluß verhindern. Der Reallohn würde steigen und auch dadurch würde die Kapitalbildung eingeschränkt werden. Das ist einleuchtend. Wenn der volkswirtschaftliche Reinertrag zu einem größeren Teil auf die Löhne und Gehälter übertragen wird, dann wird nicht so viel zur Kapitalbildung bleiben, als wenn eine verhältnismäßig kleine Schicht ein sehr hohes Einkommen hat. Aus diesem Grunde würde auch die Kapitalbildung nicht unbegrenzt sein. Technische Neuerungen würden auch in der Zu-

Am 8. Februar 1930 ist der sechste Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

kunft noch zu erwarten sein. Aber die Produktivität würde nicht ähnlich steigen wie bisher. Entscheidend sei die Urproduktion. Der Abbau von Kohle und Erz würde schwieriger und fordere in Zukunft einen höheren Aufwand an Kosten.

Keineswegs sei aber, so behauptet Sombart, zu erwarten, daß die landwirtschaftliche Produktion ähnlich wie früher gesteigert werden könnte. Prärien, wie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, gäbe es nicht mehr. Sombart meinte: „Die Agrarvölker sind auf den freventlichen Gedanken gekommen, sich fett zu essen.“ Bereits vor 25 Jahren hat Sombart in seinem Werk „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“ die Ansicht vertreten und belegt, daß für den Reichtum Europas ganze Kolonialvölker gestorben wären. Das gäbe es heute nicht mehr. Außerdem würde sich die Ausfuhr an Produktionsmitteln mit der Zeit vermindern. Denn die neuen Industrieländer würden ihre Produktionsmittel selbst herzustellen suchen. Bisher habe Europa die Agrarprodukte der überseeischen Staaten mit zu einem großen Teil für sich verwandt. Vermehre sich die Bevölkerung in den bisher industriell nicht erschlossenen Ländern, dann müsse das Ende der Versorgung mit Agrarprodukten aus diesen Ländern bald aufhören. Auf einer Agrarbasis könne man keine zwei Industrie-

### Hab acht!



Drehscheiben feststellen!

systeme aufbauen. Die Agrarkosten würden wachsen. Die Ausfuhr von Agrarprodukten aus Nordamerika lasse nach. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte wären seit dreißig Jahren gestiegen und sie würden weiter steigen. Daran ändere Krieg und Inflationszeit und die gegenwärtige Agrarkrise gar nichts. Alle alten Industriestaaten in Europa hätten mit einer chronischen Absatzstörung zu rechnen. Sombart berechnet, daß sich die Zunahme der industriellen Bevölkerung verlangsamte.

Die kapitalistische Wirtschaft habe sich gewandelt, weil der kapitalistische Geist geschwunden wäre. Der Geist des Wagemuts, der einst die kapitalistische Wirtschaft beherrschte, sei selten noch anzutreffen. Der kapitalistische Unternehmer der Gegenwart habe einen großen Teil seiner Machtbefugnisse an Organisationen, die er selbst geschaffen habe, abgegeben. Kartelle, Konzerne und Trust hätten Funktionen der Unternehmertätigkeit übernommen. Die Regelung der Preise, der Umfang der Produktion und der Absatz würde von Organisationen besorgt. Die wählbaren Umstände in der Wirtschaft mehrten sich. Sombart wies auf die Konjunkturforschung hin. Prof. Schumpeter, der stark liberalen Ansichten huldigt, äußerte sich in einem Vortrage, der auf einem Kurzus der „Bereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung“ in Homburg v. d. Höhe gehalten wurde, ähnlich. Franz Ehrhardt.

### Invalidenversicherung — Hinterbliebenenbezüge

Durch Gesetz vom 12. Juli 1929 ist für die Hinterbliebenen von den Versicherten, die vor dem 1. Januar 1913 starben, oder invalide wurden, der Anspruch auf die Hinterbliebenenfürsorge ab 1. Oktober 1929 eingeführt worden. Auf sie konnten bisher die Vorschriften der am 1. Januar 1913 in Kraft getretenen Reichsversicherungsgesetz nicht angewendet werden. Nun gab es unter der Herrschaft der vorhergehenden Gesetze die Möglichkeit der Beitragsrückzahlung (vom Versicherten aufgebrauchte Hälfte), wenn bestimmte Voraussetzungen vorlagen. Wer von diesem Recht Gebrauch machte, schied aus der Ver-

sicherung aus; es war so, als ob er überhaupt nie versichert gewesen wäre. Auf Grund dieser Rechtsauffassung haben die Landesversicherungsanstalten fast allgemein den Hinterbliebenen, solcher Versicherten, die sich seinerzeit die Beitragshälfte zurückzahlen ließen, den Anspruch auf Hinterbliebenenfürsorge nach dem neuen Gesetze verneint. Der 9. Revisions-Senat beim Reichsversicherungsamt hat nun am 20. Januar 1930 entschieden, daß der Anspruch auf Hinterbliebenenfürsorge nach dem neuen Gesetze (12. Juli 1929) nicht dadurch ausgeschlossen wird, daß die Hälfte der für den Versicherten entrichteten Beiträge zur Rückzahlung verwendet worden ist. Witwen, Witwer oder Waisen, deren Anträge bereits abgelehnt worden sind, werden gut tun, wenn sie sich — unter Berufung auf die angeführte Entscheidung — erneut an die Landesversicherungsanstalt wenden.

### Allgemeine Rundschau

#### Um die Krisenunterstützung für Bauarbeiter

Im Anschluß an die Eingabe der Bauarbeiterverbände an das Reichsarbeitsministerium zwecks Einbeziehung der Bauarbeiter in die Krisenunterstützung, über die wir in der vorigen Nummer der „Baugewerkschaft“ berichteten, fanden am 31. Januar Verhandlungen der Bauarbeiterverbände mit dem Reichsarbeitsminister statt. Der Reichsarbeitsminister erkannte an, daß es sich bei der augenblicklichen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe nicht um Saisonarbeitslosigkeit handele, sondern um konjunkturelle Arbeitslosigkeit. Er erklärte sich jedoch außerstande, die Bauarbeiter in die Krisenunterstützung einzubeziehen, da ihm die hierfür notwendigen Mittel nicht zur Verfügung ständen. Der Reichsarbeitsminister verwies die Vertreter der Bauarbeiterverbände an die politischen Parteien, damit von diesen die Einbeziehung der Bauarbeiter in die Krisenunterstützung im Reichstag beantragt werde. Es wird augenblicklich mit den politischen Parteien in diesem Sinne verhandelt.

#### Wer das Wohnen verteuert?

Die enorm hohen Zinsen, die die Banken selbst für erstklassige Hypotheken nehmen, sind ganz wesentlich mit schuld daran, daß nicht nur das Bauen, sondern auch das Wohnen heute fast nicht mehr zu bezahlen ist. Die Banken machen das um des solideren Aussehens willen so, daß der Zinsfuß sich in erträglichen Grenzen hält, die sofort zahlbaren, nicht mit eingetragenen Nebenkosten aber den Zinsfuß de facto wesentlich erhöhen. So verlangt beispielsweise der Beamtenversicherungsverein Berlin für eine erste Hypothek, die ursprünglich mit 6 Prozent eingetragener war, nunmehr 8 1/2 Prozent. Als Gebühr für die Verlängerung, die auf fünf Jahre bemessen ist, verlangt er eine sofort zahlbare Summe von 7 Prozent der Hypothek, also in Wirklichkeit 10 Prozent Zinsen. Er ist sogar bereit, den Zinsfuß von 6 Prozent bestehen zu lassen, wenn man eine Verlängerungsgebühr von 17 Prozent der Hypothek sofort bezahlt. Das ist also an Gebühren beinahe der fünfte Teil der Gesamthypothek.

Bei solcher Sachlage hat die Hauszinssteuer nicht nur keinen Wert, sondern ist infolge ihres unsozialen Charakters nicht zu verantworten. Weil die Banken die billigen Hauszinssteuerhypotheken, die an letzter Stelle eingetragen werden, dazu benutzen, für ihre Hypotheken entsprechend höhere Zinsen zu verlangen. Die Banken heimten den ganzen Nutzen der Hauszinssteuer für sich selber ein, indem sie auch hier das Geld abschöpfen. Was sagt die Regierung, was jagen die Volksvertreter dazu?

### Aus dem Verbandsleben

#### Unsere Winterarbeit auf dem Eichsfelde

Wie im Winter 28/29, so haben wir auch in diesem Winter unser Hauptgewicht auf Abhaltung von Interessentenkursen gelegt. Anstatt sechs wurden in diesem Jahre neun Kurse abgehalten. Am 27. und 28. Dezember war Kurzus in Sieboldshausen. 33 Teilnehmer waren aus vier Orten erschienen. Aus Bilschhausen fehlten die Kollegen. Am 30. und 31. Dezember folgte Seeburg. Hier waren aus fünf Orten 44 Kollegen zur Stelle, obgleich einige Orte 6-8 Kilometer entfernt lagen. Es fehlten Kollegen aus Nenshausen und Bernshausen. In Duderstadt am 2. und 3. Januar waren aus allen eingeladenen zwölf Orten 61 Kollegen anwesend. Ist die hohe Zahl auch erfreulich, so hätten aus einzelnen Orten, die nur mit einem oder zwei Kollegen vertreten waren, mehr teilnehmen können. Der Besuch am ersten Tage muß um so höher bewertet werden, weil morgens ein ungeheures Unwetter tobte. Am 3. und 4. Januar waren wir in Neßfelden. Aus drei Orten waren 33 Kollegen anwesend, Blederode, Körschendorf und Berlingerode fehlten. Am 7. und 8. Januar fand der Kurzus in Seinesfelde statt. Aus zehn Orten waren 59 Teilnehmer erschienen. Am 8. und 9. Januar in Dingelstädt war der Kurzus am schlechtesten besucht. Aus fünf Orten waren nur 22 Kollegen erschienen. Es fehlten Kreuzer und Seimesdorf. In Heiligenstadt waren wir am 9. und 10. Januar. Hier waren acht Orte mit 36 Kollegen vertreten. Am 13. und 14. Januar fand der Kurzus in Weippenborn-Lüderode statt. Anwesend waren aus vier Orten 33 Kollegen. Es fehlten die Kollegen aus Neustadt. Den Schluß machten wir am 14. und 15. Januar

in Hiltterode. Hier waren aus allen sieben geladenen Orten 64 Teilnehmer amwesend. Aus 58 Orten wurden zwei Tage lang 388 Kollegen unterrichtet! Wirklich ein gutes und erfreuliches Ergebnis.

Als Referenten wirkten die Kollegen Dr. Tippelmann und Alois Leuninger aus Berlin und Joh. Bucherpfennig (Duderstadt) und B. Zumbrod (Hannover), an einigen Kursen nahm auch der Arbeitersekretär Engelke (Hildesheim) teil.

- Behandelt wurden folgende Themen:
1. Die Entstehung des Lohnarbeiterstandes unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Baugewerbe.
  2. Die Erfolge der Gewerkschaften.
  3. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz.
  4. Das Arbeitsrecht.
  5. Der Aufbau der sozialen Gesetze und der Rechtsinstanzenweg.
  6. Die Jugendbewegung in unserem Verbands.
  7. Grundbegriffe der Volkswirtschaft.

Die Aufmerksamkeit der Teilnehmer war allgemein sehr gut. Es war erfreulich, wie gerade eine Anzahl jüngerer Kollegen mit richtigen Antworten dienen konnten. Mögen die in den Kursen gegebenen Anregungen guten Boden finden. Früchte tragen sie nur dann, wenn die Kursteilnehmer auch zukünftig jede Bildungsmöglichkeit weiter benutzen, um so ihr Wissen zu vervollkommen. Unserem Verbands wird es dann an einem guten Nachwuchs von intelligenten Kollegen nicht fehlen.

An den Tagen zwischen den einzelnen Kursen wurden besondere Veranstaltungen abgehalten. In Duderstadt eine Jugendkonferenz, in Sieboldshausen und Nefftröden Eltern- und Jugendveranstaltungen mit Filmvorführungen, in Rhumpringe, Gerblingerode, Wolfbrandshausen, Lindau, Zimmingerode und Heuten Festlichkeiten und Versammlungen, ebenso einige 25-jährige Jubiläen, über die besonders berichtet wird. — Im Anschluß an die Kurse finden in Kreise Worbis und Heiligenstadt Hausagitationen, möglichst mit anschließenden Versammlungen, statt, über die wir, wenn diese Unternehmungen abgeschlossen sind, auch besonders berichten.

Die Begeisterung für unsere Sache war überall eine sehr gute, möge sie so anhalten und sie besonders im Frühjahr mit in die Fremde ziehen, um gerade dort unserer Bewegung zu dienen.

**Zusammenfassung der Redaktion.** Von einzelnen Kursen waren uns recht gute Einzelberichte zugegangen, aus welchen man die Begeisterung über die Veranstaltungen lesen konnte. Wir hielten jedoch einen Sammelbericht für besser und haben daher von der Veröffentlichung der Einzelberichte Abstand genommen. Den Kollegen sei aber an dieser Stelle für ihre Bemühungen gedankt.

**Albzen.** Am 10. Januar hielt unsere Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Stufenbrod, eröffnete die Versammlung und begrüßte alle Kollegen mit einer kurzen Ansprache. Nach Verlesen der Protokolle wurde dem Kassierer, Kollegen Schlenke, das Wort zum Kassenbericht erteilt. Ihm wurde Entlastung gegeben. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Darauf wurde das Fest (Familienfest) durchberaten und das Programm festgesetzt. Nachdem dann unter Punkt Betriedenes noch einige Anträge gestellt und beschlossen wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung. — Am 19. Januar fand das Fest, welches als 25-jähriges Stützungsfest gedacht war, statt. Um 18 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Kollege Stufenbrod, die Feier und begrüßte die erschienenen Kollegen mit ihren Damen, besonders aber den Kollegen Eberg, als Vertreter des Bezirks Föderborn, und einige Ehrengäste und Gründer der Verwaltungsstelle. Kollege Eberg hielt hierauf die Festrede, während der Kasse mit Kuchen serviert wurde. Er schilderte die Bewegung im allgemeinen und im besonderen die christliche Bewegung von der Wiege

bis heute, ermahnte alle zur Mitarbeit und besonders die Frauen, ihre Männer im Kampfe für die christliche Gewerkschaft zu unterstützen. Dann wurden Theaterstücke aufgeführt und Vorträge gehalten, u. a. führten auch einige Jungfrauen einen Gesangsvortrag mit Junfrülischen auf. In den Zwischenpausen fand eine Verlosung statt und wurde das Tanzbein geschwungen.

**Preßlau.** Die hiesige Verwaltungsstelle veranstaltete am vergangenen Sonntag ein Gewerkschaftsfest, welches mit der Wimpelweihe der Jugendgruppe verbunden war. Eine stattliche Schar christlicher Gewerkschaftler, auch aus der Umgebung, hatte sich zu dieser Feier eingefunden und wurde durch den Vorsitzenden herzlich begrüßt. Nach dem Prolog: „Du fragst mich, warum ich Gewerkschaftler bin“ wurde die Wimpelweihe von dem Bezirksleiter Julius Herrmann (Berlin) vollzogen. Er schilderte in treffenden Worten die Grundzüge und das Fundament der christlichen Gewerkschaften. Diese ruhe im Gegensatz zu den sozialistischen Organisationen, die auf ihre Fahnen den Klassenkampf geschrieben haben, auf dem Gebot der Nächstenliebe. Er wandte sich besonders an die Jugend und ermahnte sie an ihre Pflichten, die sich ergeben durch die Zugehörigkeit zur christlichen Gewerkschaft. Er schloß mit den Worten: „Die die Fackeln tragen, werden sie denen übergeben, die sie weitertragen, und das ist unsere Jugend.“ Es wurde ferner ein flotter Zweifakter „Dem Tag entgegen“ von der Jugendgruppe gegeben. Ein frohes Länzchen brachte die Feier früh um 5 Uhr in gemüthlicher Stimmung zu ihrem Ende. Die eigene Musikkapelle der Jugendgruppe (vier Mann) sorgte für Stimmung und Humor.

**Amberg.** In Anwesenheit von Bezirksleiter Schilling fand am 18. Januar unsere Generalversammlung statt. Nach Verlesung des Protokolls gab der erste Vorsitzende Josef Peter den Jahresbericht. Die Entwicklung der Ortsgruppe sei trotz reger Agitation nicht zufriedenstellend gewesen. Grund sei vor allem die schwache Bauertätigkeit. Anschließend sprach Kollege Schilling über: Ziel und Aufgabe des Verbandes. Es müsse eifrig gearbeitet werden, damit das Jahr 1930 das bringe, was das Jahr 1929 nicht erfüllt habe. Darauf erstattete Kollege Josef Rahm den Kassenbericht. Der Bericht wurde von den Revisoren geprüft und anerkannt. — Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzender Josef Peter, 2. Vorsitzender Wieshnet; 1. Kassierer Josef Rahm, 2. Kassierer Rhythamer; 1. Schriftführer Johann Schaller, 2. Schriftführer Schmidt; Kartelldelegierte Jakob Forster und Walz, Revisoren Georg Peter und Johann Emhöch, Schlichtungsausschuß Josef Peter und Wieshnet, Hauskassierer Josef Klinger. Der 1. Vorsitzende dankte für das Vertrauen und schloß nach einer Ansprache über verschiedene Angelegenheiten die Versammlung.

**Forsheim Str.** In der gutbesuchten Generalversammlung am Sonntag, dem 19. Januar, wurde eingangs des verstorbenen Kollegen und Mitgründers der Verwaltungsstelle, Kollegen Renker, ehrend gedacht. Der Vorsitzende, Kollege Heim, erstattete den Jahresbericht. Das Jahr 1929 hat die gehegten Erwartungen in bezug auf ausreichende Beschäftigungsmöglichkeit nicht erfüllt. Erschwerend wirkte die Tarifunterbietung der von auswärts hereinströmenden unorganisierten Arbeiter. Als Auswirkung dieses Mißstandes ließ bedauerlicherweise die Vertragstreue der dem Arbeitgeberbund angehörenden Unternehmer sehr zu wünschen übrig. Tarifliche Selbstverständlichkeiten konnten nur durch Forderung der Tarifinstanzen durchgesetzt werden. Aus dieser Gesamtlage erklärt sich, dem Bericht des Kassierers, Kollegen Schmitt, zufolge, die Mindereinnahme und geringere Beitragsdurchschnittsleistung gegenüber den früheren Jahren. Die Mitgliederstärke konnte trotz aller hemmenden Einflüsse gehalten werden. Kol-

lege Schilling (Kärberg) referierte über Wirtschaftsfragen und Stand der Arbeitsmarktlage des Baugewerbes. Daraus schließend dürfte auch das kommende Jahr wenig Aussicht auf bessere Beschäftigungsmöglichkeit bieten. Daher müsse man so mehr in dem noch nicht ruhenden Kampfe der Erhaltung und dem Ausbau sozialer Einrichtungen größtes Augenmerk geschenkt werden. Durch Zustimmung erkannten alle Kollegen an, daß nur enger gewerkschaftlicher Zusammenhalt und zielbewusstes Streben allen antizipalen Strömungen ein Paroli bieten kann. Durch zwingende Umstände bedingt, erwies sich bei der Neuwahl eine Umstellung der bisherigen langjährigen und treuen Vorstandsschaft als notwendig.

**Kauferden.** Am 19. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Bayer, gab den Jahresbericht. Nachdem Schriftführer Kollege Stebele die Protokolle verlesen hatte, gab Kassierer Müller einen ausführlichen Kassenbericht. Keine Schwierigkeiten machte die Vorstandswahl, da sämtliche Kollegen einstimmig wiedergewählt wurden, ein Beweis, daß jeder Dienst in guten Händen liegt. Dagegen entspann sich eine lebhaft Debatte über das widerpenstige Verhalten eines Kollegen beim Zahlen des wöchentlichen Beitrages. Im Interesse aller wäre zu wünschen, daß sämtliche Kollegen, hauptsächlich Sacharbeiter, bei solchen Brückbergern auf das schärfste vorgehen. Mehr Interesse an unserem Verbandsleben dürften auch unsere jungen Kollegen zeigen, durch fleißigeres Besuchen unserer Versammlungen. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende alle Kollegen zu eifriger und aufrechtiger Mitarbeit.

### Bekanntmachung

**Verwaltungsstelle Glabbed i. W.**  
In der Ortsgruppe Glabbed ist das Mitgliedsbuch Nr. 185 099, lautend auf den Namen Heinrich Hesse (Maurer), geboren am 7. September 1903 zu Deuma, Kreis Worbis, eingetreteten am 2. Juli 1925 zu Gattingen, gefunden worden. Die Beiträge sind entrichtet bis zur 48. Woche 1929 einschließlich. Der Inhaber dieses Buches kann dasselbe von unserer Geschäftsstelle, Eifriedenstr. 14, abholen.  
Der Vorstand: J. Einig

### Sterbetafel

Am 23. Januar starb unser treuer Kollege Karl Diederich im Alter von 66 Jahren an Leberleiden. Seit seiner Mitgliedschaft war er als Vertrauensmann und seit Jahrzehnten als gewissenhafter Revisor tätig.

Am 25. Januar starb unser Kollege, der Maurer Alois Wulf im Alter von nur 20 Jahren an den Folgen eines Unglücksfalles.  
Verwaltungsstelle Hannover.

Am 24. Januar starb unser treuer Kollege, der Maurer Paul Sobrowski im Alter von 70 Jahren an einem Lungenerleiden.  
Verwaltungsstelle Danzig.

Am 25. Januar starb infolge eines Unglücksfalles in Neumied unser treuer Kollege Jakob Barmel im Alter von 46 Jahren. Fast 18 Jahre gehörte er unserem Verband an.  
Ortsgruppe Eich bei Andernach.

Ehre ihrem Andenken!

**Wer probt, lobt „Wanderlust“**  
Die Garantieware  
Echt Teakholz - Wasserwaagen mit Messingplatte und Messingringen, genau angefertigt.  
Holz aus alten Schiffen, daher bests Holz. Mit billigeren Ware nicht zu vergleichen. Bei Abschluß von 6 Stück portofrei. Bei Abschluß von 12 Stück eine gratis.  
25 50 60 70 75 80  
2,40 2,50 3,- 3,40 3,60 3,70  
90 100 cm  
3,90 4,10



Das nicht gefüllt, wird unzufrieden.  
Alle anderen Garantie-Werkzeuge für Maurer, Stuckateure, Plattenleger und Fleischer laut Liste billig!  
**G. Roth & Sohn, Realscheid, Wilhelmstr. 34.**

**Abhang, Schmeere!**  
Jeder Baumeister, welcher sich Sorgen um seine Bauwerke macht, wird sich für ein solches Werkzeug interessieren. Preis 2,75 RM. In Auftrag durch **Ernst Gerlach, Dresden 2, Albrechtstraße 29.**

Fordern Sie illustrierten Katalog über

## Webwaren gratis!

Wie führen: Hemdentuche, Messel, Damaste, Handtücher, Tisch-, Bett- u. Frachtwäsche, Taschentücher, Schürzen, Berufskleidung, Kleiderstoffe, Strümpfe, Damen- u. Herrenwäsche, Trikots, etc.

Bettfedern, Jollets, Betten, Bettstellen, Stepp- u. Schlafdecken, Gardinen u. a. m.

Wir garantieren: Gefällt unsere Ware nicht, oder glauben Sie nicht billiger als anderweitig gekauft zu haben, so zahlen wir den vollen Betrag zurück.

**Signal Gesellschaft, Kassel 51.**  
Mechanische Weberei u. Großversand.

**KÄSE billiger** direkt ab Fabrik

Edelst. Käse (1/2 Kilo)	9 Pfd. M. 1,60
Edelst. Käse (1/4 Kilo)	9 Pfd. M. 1,50
Edelst. Käse (1/8 Kilo)	9 Pfd. M. 1,40
Edelst. Käse (1/16 Kilo)	9 Pfd. M. 1,30
Edelst. Käse (1/32 Kilo)	9 Pfd. M. 1,20
Nachh. Porto u. Verpackung M. 1,- extra.	

in Dresden, Kitzbühler, Hamburg 20 B 14.

**Technikum Steenberg (Meißen)**

**Die Konsumgenossenschaft Eibfeldia e. G. m. b. H.**  
mit ihren 53 Filialen und über 8000 Mitgliedern  
ist die Verbraucher-Organisation der eibfeldischen Bauarbeiter.

Der Mitbewerber ermöglicht preiswerte Warenversorgung der eibfeldischen Bauarbeiterfamilien. Die Baufrauen der Bauarbeiter sollen daher nur in den Genossenschaftsläden ihren Bedarf decken.

**Schmale Teakholz-Wasserwaagen**  
Längen 100 90 80 75 70 60 50 45-40 35-25 cm  
Preis 3,70 3,50 3,30 3,20 3,10 2,80 2,65 2,50 2,20 RM.

Sie garantieren für solide und genaue Anfertigung. Bestellungen per Post werden unter Nachnahme zugelandt. Von 4 Stück an portofrei. Von 11 Stück an eine gratis. Sämtliche Maurer-, Stuckateur- und Plattenlegerwerkzeuge, nur erste Qualität, zu billigen Preisen. Provisette werden unentgeltlich versandt. Bei Bestellung Größe und Form angeben.  
Walter Richter, Düsseldorf-Unterrath

Fordern Sie überall

### Original M. Mosberg

Die beste Kleidung für Bauarbeiter. Die unerreichten Werkzeuge. Die unbewährten besten Bekleidungsstücke genau auf Firma und Schutzmarke achten. Wo nicht vertreten, direkter Versand ab Hildesheim. Preislisten gratis.  
Firma M. Mosberg, Hildesheim, 3 Jollenbecker Straße 8.